



Der Klub der Grünen Alternative Brigittenau stellt gemäß § 24 Abs. 1 der Geschäftsordnung für die Bezirksvertretung in der Bezirkssitzung am **18. März 2026** folgenden

RESOLUTIONSANTRAG

Die Bezirksvertretung Brigittenau spricht sich angesichts der massiven Steigerung der Lebenskosten für Privathaushalte für sozial gerechte Sparmaßnahmen auf Landes- und Bundesebene aus.

BEGRÜNDUNG

Die Lebenskosten sind in den letzten Jahren deutlich gestiegen, was auf Krisen wie die COVID-19-Pandemie zurückzuführen ist. Die Menschen im 20. Bezirk bekommen diese Teuerung ganz besonders zu spüren, handelt es sich bei der Brigittenau doch um einen der ärmsten Bezirk Wiens. Die derzeit notwendigen Sparmaßnahmen dürfen jedoch nicht auf Kosten von ohnehin schon sozial schwachen Bürger:innen gehen, beispielsweise durch Kürzungen oder Erschwernisse beim Zugang zu Mindestsicherung, Familien-, Wohn- und Mietbeihilfe genauso wie beim warmen Mittagessen für Obdachlose oder Kinder.

Die Kürzungen bei der Sozialhilfe treffen vor allem Menschen mit Behinderung, ältere und kranke Personen. Besonders fatal ist beispielsweise die Abschaffung des Eltern-Familienzuschlags. Das betrifft vor allem Familien mit geringen Einkommen und Alleinerziehende hart. Auch Programme der Arbeitsplatzförderung und Suchthilfe sind gesellschaftlich wichtig und dürfen nicht gestrichen werden.

Die Bezirksvertretung Brigittenau spricht sich daher dafür aus, den Sparstift nicht bei den Geringstverdienenden anzusetzen, oder bei denen, die gar nichts haben, sondern dort, wo es um Luxus und nicht um Lebenserhaltung geht.

EINFACHE SPRACHE

Was steht im Antrag?

Das Leben ist viel teurer geworden.

Besonders im 20. Bezirk haben viele Menschen wenig Geld.

Bund, Land und Stadt müssen sparen.

Beim Sparen darf man arme Menschen nicht benachteiligen.

Reiche sollen einen Beitrag leisten.

Geld zum Wohnen und Leben für arme Menschen sollen bleiben und leicht zu bekommen sein.